

EntschlieÙung

der

70. Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder 1997

zur Umsetzung des Aktionsplans Alkohol

Die GMK ist besorgt über das anhaltend hohe Ausmaß des Alkoholproblems in Deutschland. Sie weist erneut darauf hin, daß

- die allgemeinen Gesundheitsrisiken des übermäßigen Alkoholkonsums sehr hoch sind und in der Bevölkerung weit unterschätzt werden,
- die unter Alkoholeinfluß verursachten Unfälle jährlich viele Todesfälle, Behinderungen und Verletzungen sowie enorme wirtschaftliche Schäden zur Folge haben,
- von Alkohol mit Abstand die größte Suchtgefahr ausgeht,
- Alkohol in engem Zusammenhang mit Drogenmißbrauch steht und der Konsum in der Kindheit der Einstieg in eine Drogenkarriere sein kann,
- Alkoholeinfluß bei der Kriminalität, insbesondere bei Gewaltdelikten eine große Rolle spielt,
- Alkohol eine der häufigsten Ursachen für die Zerüttung von Familien darstellt.

Die GMK fordert die Bundesregierung auf, die Vorschläge des WHO Aktionsplans Alkohol und der Europäischen Charta „Alkohol“ aufzugreifen und auf Bundesebene die erforderlichen Schritte

- zur Verringerung des gesundheitsschädigenden Konsums von Alkohol,
- zur Reduzierung der von Alkoholeinfluß ausgehenden Todes-, Unfall- und Verletzungsgefahren,
- und zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor den negativen Folgen des Alkoholgebrauchs

unverzüglich einzuleiten.

- * Aufrechterhaltung der differenzierten Therapie- und Hilfsangebote für Alkoholranke.

Die GMK bekräftigt, daß zur Verwirklichung dieser Vorschläge das gemeinsame Vorgehen von Bund, Ländern und Gemeinden unter Einbeziehung der Verbände erforderlich ist. Sie fordert die Bundesregierung auf, ein geeignetes Gremium auf Bundesebene zur Koordinierung und Durchsetzung der Vorschläge einzusetzen.

Sie beauftragt den Suchthilfeausschuß der Länder, die Umsetzung des Alkoholplans auf der Ebene der Länder und Gemeinden weiterzuverfolgen.